Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig

Ausgabe
Juli/2010
NR. 62

„Google Streetview“ – die Privatisierung des öffentlichen Raums

von Norman Volger

INHALT

Sparen ist das Gebot der Stunde	3
Asyl – in Würde leben	4
Kultur braucht Sicherheit	5
Schumannstraße hat Zukunft	6
Senioren sind Zukunft	8
Eigentum heißt Verantwortung	9
Familienbegriff neu definiert	10
Lindenauer Hafen wird abgespeckt	13
Ratsspieß	15

Als vor einigen Monaten Autos mit Kameras alle Straßen in unserem Land und auch in Leipzig abfuhren und filmten, regte sich Widerstand gegen die Firma Google, die diese Daten sammelte, um im Internet damit einen 3D-Stadtplan zu erstellen. Leider werden dabei nicht nur Häuserfronten aufgenommen, sondern auch die Autos und Menschen, die sich gerade im Bild befinden.

Aus Datenschutzsicht ist das höchst gefährlich. Denn: Google verpixelt nur Gesichter und Nummernschilder. Dies lässt sich aber einerseits schnell wieder kenntlich machen, und andererseits kann man über Tattoos, Kleidung, Handtaschen, Koffer, Autos mit spezifischen Merkmalen usw. problemlos eine Person zufällig identifizieren. An diesem Punkt werden sicher wieder einige sagen: Na und – ich habe nichts zu verbergen. Falsch: Jeder hat etwas zu verbergen! Wollen Sie, dass Ihr Vermieter zufällig erfährt, dass Sie zur Mietsrechtsberatung gehen, dass Ihr Arbeitgeber erfährt, dass Sie zu einem Arbeitsrechtsanwalt gehen oder zu einem Psychologen oder zu den Anonymen Alkoholikern oder zur Aidsberatung oder, oder, oder? Das ist aber nur die eine Seite. Die Häuser zu filmen ist auch nicht

Welche **fatalen Auswirkungen** die zunehmend intensiver werdende **Beleuchtung in den Ballungsräumen der Städte** hat und dass man durchaus etwas tun kann, „beleuchtet“ Bert Sander auf Seite 7

Welche aktuelle **Entwicklung** es im Zusammenhang mit dem innovativen Konzept **des Waldkindergartens** gibt und was die eigentlichen Schwierigkeiten sind, erläutert Michael Schmidt auf Seite 11

Welche **guten Entwicklungen** es im Bereich der **Vergabepolitik** der Stadt gibt, wie diese sozial verantwortlich und nun auch umweltgerecht werden wird, berichtet Roland Quester auf Seite 12

unumstritten. Bei Einfamilienhäusern lassen sich so Sicherheitslücken ausfindig machen und interessante Objekte ausspähen, und für Arbeitgeber wird es anhand der Adresse sehr einfach, den derzeitigen sozialen Status eines Bewerbers über die Hausansicht abzuschätzen. „Sag mir wo du wohnst, und ich sag dir, wie es dir gerade finanziell geht."

Google betreibt mit Streetview nichts anderes, als eine Privatisierung des öffentlichen Raums und von grundrechtlich geschützten Daten und Informationen der Bundesbürger. Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen im gesamten Bundesgebiet hochsensible Daten von Privatpersonen und Unternehmen zu kommerziellen Interessen sammelt, ohne in irgendeiner Weise hierüber Rechenschaft ablegen zu müssen. Es besteht die Gefahr, dass durch eine Verknüpfung der von Google erhobenen Daten mit weiteren Informationen umfangreiche Profilbildungen einzelner BürgerInnen möglich werden, ohne dass diese davon wissen oder darin eingewilligt hätten. Und die Ausspähung von W-LAN-Standorten für die Standortbestimmung von Handy- und Laptopbesitzern, die Google widerrechtlich durchführte, sei hier nur am Rande erwähnt.

Dies alles fand glücklicherweise auch die Bundesverbraucherschutzministerin bedenklich und forderte von Google Zugeständnisse, damit Google Streetview in der BRD überhaupt benutzt werden darf. Die Zugeständnisse sehen vor, dass jeder Bürger Widerspruch gegen die Verwendung der Bilder seines Hauses einlegen kann und Google diese Gebäude und Straßenzüge komplett schwärzt. Zusätzlich sind Sammelwidersprüche der Kommunen ebenfalls möglich.

Unsere Fraktion hat daher einen Antrag gestellt, der fordert: Die Stadt soll einen Sammelwiderspruch gegen Streetview einreichen. Dieser Widerspruch umfasst alle städtischen Liegenschaften, ausgenommen touristische Wahrzeichen, und möglichst auch alle Gebäude von freien Trägern, die von der Stadt finanziert werden. Weiterhin sollen die BürgerInnen über das Internet und über die Bürgerämter die Möglichkeit erhalten, sich dem städtischen Widerspruch anzuschließen.

Abschließend fordere ich alle Leser dieses Textes auf, auch selbst Widerspruch einzulegen, damit Privates auch privat bleibt und wir nicht gänzlich zum gläsernen Menschen werden.

Informationen zum Widerspruch beim zuständigen Ministerium:
www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Verbraucherschutz/Internet-Telekommunikation/GoogleStreetview.html

Neues aus dem Stadtrat

Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2010 plant die Deutsche Bahn, den **ICE-Verkehr** in Nord-Süd-Richtung von Berlin über Leipzig nach München teilweise von einem Einstunden- auf einen Zweistundentakt auszudünnen und die ICE-Strecke Frankfurt-Leipzig-Dresden nur noch in 40- bzw. 80-Minuten-Abständen zu bedienen. Grund für diese Einschränkung des Fernverkehrs sollen technische Probleme an den ICE-T-Zügen sein.

In einer von unserer Fraktion beantragten aktuellen Stunde des Stadtrates im April verabschiedete der Stadtrat folgende von uns eingebrachte Kernforderungen an die Deutsche Bahn:

- Leipzig zu gewährleisten, dass auch mit dem Fahrplanwechsel die Fernverbindungen Saarbrücken/Wiesbaden/Frankfurt/Main–Leipzig–Dresden und zurück im regelmäßigen Stundentakt erhalten bleiben.
- Leipzig zu gewährleisten, dass auch mit dem Fahrplanwechsel die Verbindungen Berlin-Leipzig-Nürnberg-Ingolstadt-München und zurück im Stundentakt mit ICE-T-Zügen gefahren werden.

Nach jahrelangem Tauziehen wird nun doch das **Einkaufszentrum am Lindenauer** Markt gebaut. Unsere Fraktion hat die Vorlage mehrheitlich abgelehnt. Unbestritten ist, dass dort ein Magnet, ggf. auch in Form eines Einkaufsmarktes entstehen muss. Die Fraktion kritisiert jedoch hauptsächlich die schlechte Vorlage und die Unbeweglichkeit der Verwaltung, auf kritische, mehrfach angesprochene Punkte, wie z. B. die Größe oder die Verkehrssituation einzugehen und die Vorlage zu ändern.
In einigen Punkten konnte die Vorlage ergänzt werden: Unter Einbeziehung der BewohnerInnen des Ortsteiles soll zeitnah ein integriertes Verkehrskonzept für den Bereich des Lindenauer Marktes und der benachbarten Straßen erarbeitet werden, das neben der Begrenzung der zusätzlichen Belastungen durch den Autoverkehr von und zum Handelscenter in den Wohnstraßen auch die weitere Verkehrsberuhigung des Platzes selbst und das Besucherparken der Musikalischen Komödie zum Inhalt hat. Mit dem Einkaufszentrum werden (östlich der Henricistraße 16) Poller eingerichtet, um das Linksabbiegen aus dem Parkdeck und diversen Schleichverkehr in Richtung Henricistraße zu unterbinden. Zur Baumpflanzung sind zusätzliche Begrünungsmaßnahmen in der Henricistraße zu prüfen. Die Fassade der Henricistraße wird in Anlehnung an den Maßstab des gründerzeitlichen Gebäudeduktus zusätzlich in Fassadenabschnitte gegliedert. Die dafür geeigneten Maßnahmen sind während der Ausführungsplanung mit der Stadt abzustimmen und dem Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau vorzulegen. Die Maßnahmen erfolgen zu Lasten des Vorhabenträgers. Durchführungsvertrag und Begründung sind entsprechend zu ergänzen. Ob der Bauherr Kaufland dieser Ergänzung folgt, können wir noch nicht einschätzen.

Schimpfen, schönreden oder gestalten?

von Wolfram Leuze

Städte und Gemeinden schlagen unüberhörbar Alarm – als letztes Glied in der finanziellen Nahrungskette wirkt sich für ihre Haushalte die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise besonders dramatisch aus. Und alle Schwüre von Bundes- und Staatsregierung, die Finanznöte der Städte erkannt zu haben, ändern nichts an der Realität, dass die bundesdeutschen Städte ihre Leistungen mehr und mehr werden einschränken müssen, wenn sie nicht finanziell ausbluten wollen.

Denn die Nöte der Kommunen zu erkennen ist das Eine, danach zu handeln das Andere. Wenn in dem Sparprogramm des Bundes u. a. vorgesehen ist, dass die Heizkostenpauschale für Hartz-IV-Empfänger gestrichen wird, trifft dies letztendlich die Haushalte der Städte, die für diese Kosten im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt einstehen werden müssen. Und wenn der Freistaat Sachsen u. a. an den Zuschüssen für den Öffentlichen Personennahverkehr 7,5 % einspart, sind dies Einsparungen, die letztendlich auch für Leipzig wiederum kostensteigernd zu Buche schlagen. Der Teufelskreis der Haushaltssanierung der öffentlichen Haushalte von Bund und Land zu Lasten der Kommunen rundet sich also weiter. Fest steht, dass Leipzig im Vermögenshaushalt 2011 kaum investive Mittel für neue Vorhaben zur Verfügung haben wird und dass Förderprogramme auslaufen.

Diese aktuelle Situation kann man beklagen, bejammern, beschimpfen, schönreden – eines sollten verantwortlich Handelnde aber auf jeden Fall: Konsequenzen daraus ziehen und die Zukunft verantwortlich gestalten. Die Politik unserer Stadt steht vor einem Paradigmenwechsel, die Zeit der Olympia-, Fußballweltmeisterschafts-, EU-Förderprogramme neigt sich dem Ende zu. Es wird nicht mehr fast alles möglich sein. Dabei muss der durch den KWL-Skandal derzeit unkalkulierbar hohe städtische Schuldenberg abgebaut werden. Neue Schulden können und sollen – auch im Interesse der nachfolgenden Generationen – nicht gemacht werden. Die als schwarze Kassen genutzten städtischen Unternehmen können auch nicht weiter „geplündert“ werden, sie sind nach der Finanzierung des ÖPNV leer. Die Konsequenz aus der derzeitigen finanziellen Situation vermissen wir beim Handeln der Verwaltung, aber auch bei den Beschlüssen des Stadtrats. Es ist leicht gesagt, dass es keine Tabus beim Sparen geben darf, aber wenn es konkret wird, ist das Geschenkeverteilen doch schöner, als Wünsche zu verweigern. Parkhaus am Zoo, Lindenauer Hafen, Kongreßhalle, Stadtbad, Drei-Felder-Sporthalle an der Radrennbahn sind Beispiele dafür, was in den vergangenen zwei Jahren im Zeichen einer Finanzkrise vom Stadtrat u. a. beschlossen wurde. Sicher sind das alles schöne und begrüßenswerte Vorhaben, aber ob sie für das unmittelbare Fortkommen von Leipzig notwendig sind? Die beschlossenen Vorhaben stehen in keinem Zusammenhang mit den Hauptzielen der Stadt, kinder- und jugendfreundlich zu sein sowie um die Beschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen besorgt zu sein. Wo ist hier eine Prioritätensetzung der Verwaltung und des Stadtrates in der Auswahl der mit den noch verbleibenden Mitteln zu realisierenden Projekte? Ein Parkhaus für den Zoo muss sein, aber das Naturkundemuseum muss im Winter um 16 Uhr schließen, weil die Stadt den Einbau einer Notbeleuchtung nicht bezahlen kann. Ob die beschlossenen Prestigeobjekte so viel Freude auslösen, wenn die erste renovierungsbedürftige Schule oder Sporthalle im Notfall geschlossen wird und aus Kostengründen nicht mehr repariert werden kann?

Verwaltung und Stadtrat müssen erkennen: Bei sinkenden Steuereinnahmen, verminderten Landeszuweisungen des Freistaates für Leipzig und auslaufenden Fördermitteln schlägt nicht die Stunde der großen Pläne und Projekte. Die Aufstellung des Haushaltsplanes in den nächsten Jahren wird von einem dicken Rotstift diktiert sein, um die finanzielle Handlungsfähigkeit von Leipzig zumindest mittelfristig wieder abzusichern. Auch für Leipzig gilt: Haushaltskonsolidierung ist nicht ohne schmerzliche Einschnitte in die den BürgerInnen lieb gewordenen Angebote möglich. Hier ist es Aufgabe der Verwaltung und des Stadtrates, Konsens über die zur Haushaltskonsolidierung notwendigen Kürzungen und deren Rahmenbedingungen herzustellen, wobei allen Beteiligten klar sein muss, dass die finanzielle Austrocknung der Kommunen nunmehr eine neue Dimension und Qualität in der Konsolidierungsdebatte erfordern wird. Umso dringender ist es, sich bald über die notwendigen Sparziele zu einigen, aber auch über die für die Stadt vorrangig notwendigen Investitionen. Denn eine Verpflichtung besteht auch in Zeiten knapper Kassen: Leipzig attraktiv und im Konzert der deutschen Großstädte wettbewerbsfähig zu erhalten.

Neues aus dem Stadtrat

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II war es Beschluss des Stadtrates und Wunsch der Verwaltungsspitze, die denkmalgeschützte Immobilie Kongreßhalle am Zoo zu sanieren, damit diese wieder als Kongress- und Veranstaltungszentrum dienen kann. Seit September 2007 nutzt allerdings das Krystallpalast Varieté die Räumlichkeit für kulturelle Veranstaltungen. Sie hatten darauf vertraut, dass er langjährig, mindestens aber bis Ende 2010 am Ort würde verbleiben dürfen, und deshalb noch im Jahr 2007 erhebliche Investitionen vorgenommen. Ein Großteil davon hat geholfen, den Wert der Gebäudesubstanz zu erhalten bzw. zu erhöhen. Aufgrund der geplanten Sanierung des Gebäudes und dem damit verbundenen Auszug des Krystallpalasts Varieté machte dieser nun berechtigte Schadenersatzansprüche geltend, vor allem auch wegen entgangener Gewinne aus dem zweiten Halbjahr 2010. Dem konnte sich der Stadtrat nicht verwehren und beschloss daraufhin im März dieses Jahres die Zahlung einer Summe von 700 T EUR.

Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen gefordert

von Annette Körner

Die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in einer Massenunterkunft ist aus humanitären und sozialen Gründen problematisch und, wie sich erneut in Leipzig zeigte, selbst wirtschaftlich fragwürdig.

Dies ist ein Ergebnis der erfolglosen Ausschreibung für die Errichtung und Betreibung einer zentralen 300-Personen-Unterkunft für AsylbewerberInnen und geduldete Flüchtlinge. Diese sollte bis zum Sommer in der Wodanstraße errichtet werden und vor allem die Gesamtkosten der bisher zwei Unterkünfte reduzieren. Wir hatten uns im letzten Jahr grundsätzlich gegen den Beschluss für eine solch große sogenannte Gemeinschaftsunterkunft ausgesprochen. Wir halten ebenso wie engagierte Flüchtlingsräte und Betreuer dezentrale, eigenständige Wohnweisen mit Privatsphäre für MigrantInnen für humaner, konfliktärmer und sozialer. Angesichts des erlebten Leidens vieler MigrantInnen sowie der geringen Chance auf ein Bleiberecht in Deutschland wirken die gesetzlichen Verwaltungsvorschriften für eine rentable Unterbringung, so die MigrantInnen einmal hier ihren Aufenthalt haben dürfen, seit Jahren in vielen Punkten zynisch.
Selbst wenn man die Ermessensspielräume und die unterschiedliche Handhabung der Gesetze und Vorschriften in den Bundesländern und bei den Kommunen beachtet, bleibt dieser Eindruck, sobald man sich direkt mit der Situation von Flüchtlingen auseinandersetzt. In Massenunterkünften sollen Menschen praktikabel und schnell untergebracht werden, doch dann lässt man sie dort über Jahre beengt, untätig und unzureichend betreut ausharren und nimmt Konflikte in Kauf.

Auch wenn Leipzig inzwischen schon länger einen eigenen Weg sucht und dezentrale Mietwohnungen vor allem für Familien ermöglicht, zeigte die Standortsuche des Sozialdezernats für ein zentrales Asylbewerberheim auch ziemlich ungeschminkt: Gefragt war ein einzäunbares Gelände möglichst fernab von Wohngebieten, vor allem fernab von Schulen, Kitas und Spielplätzen. Der Betreiber sollte dann innerhalb des Heimes für Sicherheit sorgen, sodass angesichts der üblicherweise ca. 240 unterzubringenden, allein angereisten Männer unterschiedlicher Herkunft auch einzelne Frauen und Familien störungsfrei wohnen könnten. Und alles sollte möglichst wirtschaftlich und im engen Rahmen finanzierbar bleiben.

Dem interessierten Leser empfiehlt sich dagegen ein Blick in das Internet unter dem Stichwort „dezentrale Unterbringung“. Neben den Informationen über bündnisgrüne Aktivitäten auf allen Ebenen ist auch fundiertes Material von Flüchtlingsräten und bundesweiten Initiativen über Grundlagen, Probleme und Folgen von Massenunterkünften zu finden. Zugleich wird aufgerufen, sich an Aktionen zu beteiligen und sich auch in Sachsen und Leipzig für die Verbesserung der Lebensbedingungen zu engagieren.
Im Stadtrat erreichten wir aktuell folgenden Auftrag: Die Verwaltung soll ein Konzept zur weitgehend dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen erarbeiten und dem Stadtrat bis zum dritten Quartal 2010 zur Beschlussfassung vorlegen. Das Konzept soll vorhandene und zu schaffende Unterbringungsformen benennen und neben der prioritären dezentralen Wohnungsunterbringung die Gemeinschaftsunterbringung als Hausgemeinschaft mit maximal 50 BewohnerInnen, Wohngemeinschaften und Not- und Erstaufnahmeeinrichtungen einbeziehen. Außerdem soll die Zukunft der bisherigen Standorte Torgauer und Liliensteinstraße betrachtet werden. Bekräftigt wurde gegenüber dem Sächsischen Staatsministerium des Innern die Eigenständigkeit der Stadt Leipzig bei der Art der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Unserem Vorschlag für ein begleitendes Gremium wurde nicht zugestimmt. Allerdings versprach die Verwaltung, AkteurInnen der Flüchtlingsarbeit frühzeitig einzubeziehen. Wir Mitglieder des Migrantenbeirates fordern, dass dies nicht wieder erst auf Nachdruck und im letzten Moment wie im Vorjahr geschieht.

Neues aus dem Stadtrat

Stadtverwaltung und Stadtrat sind sich einig, die **Mendelssohn-Festtage** als jährlich stattfindendes Festival in Leipzig zu etablieren. Einen Ratsbeschluss dafür gibt es bisher nicht. Es muss dringend geklärt werden, wie das Festival finanziell ausgestattet werden soll. Zur Zeit beschließt das der Stadtrat jährlich für die jeweils kommende Saison. Dies ist vor allem deshalb unbefriedigend, weil das Gewandhaus mehrere Jahre im Voraus plant und Streichungen von bereits geplanten künstlerischen Darbietungen vor allem finanziell problematisch sind. Ein klares Bekenntnis in Form eines Stadtratsbeschlusses ist daher dringend notwendig. Die Beschlussfassung wird erst nach der Sommerpause zu erwarten sein. Wir hoffen auf ein einstimmiges Ergebnis!

Kann es zu viel Kultur geben?

von Ansgar König

RV

Stadt Leipzig

Vorlage des Oberbürgermeisters

Drucksache Nr. IV/1581

☒ öffentlich
☐ nicht öffentlich

☐ beschlossen
☐ mit Änderungen beschlossen
☐ abgelehnt
☐ vertagt
☐ zurückgezogen

Gremium
FA Kultur

Beschluss
der 49. Ratsversammlung
vom 17.09.2008

Waren Mitglieder wegen Befangenheit nach § 20 SächsGemO ausgeschlossen?

☐ Nein ☐ Ja

Eingereicht von Dezernat Kultur

☐ Aufhebung ☐ Änderung folgender Beschlüsse

Kulturentwicklungsplan der Stadt Leipzig für die Jahre 2008 - 2015

☐ Satzung tritt nach Bekanntmachung in

Alle müssen sparen, alle wollen sparen. Bund, Länder, Kommunen, der Bürger, an fast niemandem ist die Finanzkrise vorübergegangen. Schon seit Gründung der Grünen Partei haben wir immer darauf hingewiesen: Wir dürfen nicht immer mehr Schulden auf Kosten nachfolgender Generationen aufnehmen. Leipzig wird die nächsten Jahre erhebliche Einschnitte in allen freiwilligen Aufgaben hinnehmen müssen. Defizite im hohen zweistelligen Millionenbereich werfen ihre Schatten voraus, und im Rathaus kann man den Eindruck bekommen, dass sich jedes Dezernat, jeder Bürgermeister zur Schlacht rüstet.

Die Vermutung liegt nahe, dass beim Kulturhaushalt der Stadt, der immerhin der zweithöchste pro Einwohner in Deutschland ist, die Kultur nicht ungeschoren davonkommt. Deutliche Signale hat der OBM schon ausgesandt. Seine Äußerung „wir haben die Kultur einer Millionenstadt“ hat der neue Finanzbürgermeister Torsten Bonew sofort übernommen. Soll die Kultur also auf das „normale Maß“ einer Halbmillionenstadt gestutzt werden?

Grundsätzliche Strukturprobleme der Leipziger Kultur scheinen noch nicht einmal erkannt, geschweige denn analysiert zu sein. Beispiel Oper: Als großes Haus, Mitglied der Opernkonferenz, Spielstätte des Gewandhausorchesters, gehört sie wie Dresden, München oder Hamburg in die Kategorie der Eins-a-Häuser. Diese allerdings sind allesamt Staatstheater und werden entsprechend vom Land mitfinanziert. Teuer sind sie alle. Doch die Leipziger Oper nimmt bei der finanziellen Ausstattung den letzten Platz ein, für ein Haus dieser Größenordnung ist sie eindeutig unterfinanziert. Trotzdem schaut man gebannt auf den riesigen 40-Mio.-EUR-Zuschuss für die Oper.
... da müsste doch was zu sparen sein! Gerade hier liegt das Problem. Man kann eben nicht eine Eins-a-Oper haben wollen, ihr aber das benötigte Geld nicht geben wollen oder können.
Beim Gewandhausorchester fällt es da noch schwerer – das Aushängeschild unserer Stadt ist vermintes Gelände. Gerade erst wurde auf Wunsch des OBM ein Mendelssohn-Festival mit einem Zuschussbedarf von 250 T EUR eingeführt! Herrn Fabers Vorstellung, mal ein paar Jahre zu testen, um zu sehen, ob es funktioniert, ist abenteuerlich und vor allem teuer. Wo sparen? Es bleiben noch die MuKo und das Schauspiel mit seinen Häusern Centraltheater und Skala. Die MuKo, ein gut funktionierendes und angenommenes Haus, hat eine starke Lobby und außer durch eine Schließung dürfte wohl kaum Sparpotenzial vorhanden sein. Das von Herrn Faber zumindest nicht geliebte Centraltheater bietet aus seiner Sicht noch Möglichkeiten. Es ist konzeptionell und bezüglich der Besucherzahlen allerdings auf einem guten Weg, auch dort dürften die Widerstände nicht gering sein. Dass die heiligen Kulturkühe Leipzigs, Thomaner und Bachfestival, nicht angetastet werden, versteht sich von selbst. Das Gelände lichtet sich langsam. Wollen wir Museen schließen? Oder zu guter Letzt doch bei der Förderung der Freien Szene ansetzen?

Wir alle sind stolz auf Leipzigs kulturelle Landschaft, sie macht unsere Identität aus und ist ein wirtschaftlicher Faktor. Trotzdem wird es Einschnitte geben müssen. Dazu bedarf es aber klarer Konzepte, Klugheit und einer Menge Fingerspitzengefühl. Den Kulturentwicklungsplan, der zumindest eine Richtung und ein Ziel vorgeben sollte, bleibt uns Herr Faber seit Monaten schuldig, wilde Andeutungen von Personalien bis hin zu Unruhe hervorrufenden Prüfaufträgen an die Häuser lassen Idee, Konzept und Linie vermissen. Für die Leipziger Kultur kann dies nichts Gutes bedeuten. Kulturbürgermeister sein bedeutet nicht, nur Ausstellungen zu eröffnen und Premieren zu besuchen, sondern gerade in Krisenzeiten mit klugen Konzepten und Ideen unsere Kultur über Wasser zu halten. Und ein Kulturbürgermeister hat sich nicht vom persönlichen Geschmack leiten zu lassen, er hat der Stadt und ihrem Wohl zu dienen und sich als Dienstherr auch vor die Häuser zu stellen.

Ideen? Die gäbe es schon. Wie wäre es denn mit einem Leipziger Leitfestival – Bach als Aufhänger und je nach Bedarf andere große Leipziger schwerpunktmäßig angegliedert. Finanziert von Bund, Land und Stadt, vermarktet von LTM, in die Welt gesendet vom MDR. Man könnte durch die berühmten Synergieeffekte viel erreichen, man muss nur wollen! Also Herr Faber, wir warten auf Vorschläge! Und stehen Ihnen gern hilfreich zur Seite.

Planungswerkstatt Georg-Schumann-Straße

von Arnold Winter (WVL)

Vom 10. bis 12. Mai 2010 fand eine Planungswerkstatt zur Georg-Schumann-Straße statt. Ziel dieser Planungswerkstatt war es, Gestaltungsvorschläge zur Veränderung des gegenwärtig wenig erfreulichen Zustandes der längsten Magistrale Leipzigs zu entwickeln. Dazu waren die vier aus Architekten und Landschaftsarchitekten bestehenden Teams quartier vier, KARO architekten, Station c23 und complizen planungsbüro angetreten.

Diese Teams erarbeiteten für den Gesamtraum der Straße und für vier Platzräume Gestaltungsvorschläge. Bei den Platzräumen handelte es sich um den Platz an der Huygensstraße (Arbeitstitel: Huygensplatz), die Fläche vor dem Anker (Arbeitstitel: Renftplatz), die Fläche an der Slevogtstraße/Georg-Schumann-Straße (Arbeitstitel: Marktplatz Möckern) sowie um den Bereich am Chausseehaus.
Ein Fachberatergremium wertete die Arbeitsergebnisse der vier Teams aus und formulierte entsprechende Empfehlungen. Für den Gesamtraum der Georg-Schumann-Straße wurde als temporäre Aktion empfohlen, das Konzept des Teams KARO architekten weiterzuentwickeln. Dieser Vorschlag beinhaltet die Installation von weithin sichtbaren Buchstaben und Begriffen an markanten Stellen und Plätzen der Magistrale. So könnten z. B. die Begriffe „ANKERN“ am Renftplatz und „HANDELN“ am Marktplatz Möckern verwendet werden. Für den Bereich des Chausseehauses werden die Vorschläge von quartier vier (Chausseehaus auf Stelzen) und von KARO architekten (Umnutzung des vorhandenen Werbeträgers) hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit geprüft. Für die Umgestaltung des Renftplatzes und des Marktplatzes Möckern wurde vorgeschlagen, die Entwürfe von KARO architekten weiterzuentwickeln.

Einen besonderen Schwerpunkt bildeten die Entwurfsarbeiten für den Huygensplatz.
Für ihn stehen in diesem Jahr bereits Fördermittel zur Verfügung. Die vom Team quartier vier für diesen Platz erarbeitete Konzeption wurde durch das Fachgremium als bevorzugter Entwurf ausgewählt. Das Konzept sieht die Gestaltung des Huygensplatzes als „Stadtteilplatz der Bürger“ vor. Er soll sich zum Treffpunkt und Aktionsraum für die BürgerInnen und AnwohnerInnen entwickeln. Zur Reduzierung des Gefälles wird vorgeschlagen, den Platz an der Südseite leicht anzuheben. Der dadurch entstehende Niveauunterschied wird durch Stufen ausgeglichen, die die Flucht der Bebauung aufnehmen. Die im Osten vorhandenen Baumreihen werden auf dem Platz fortgeführt und durch eine freistehende Baumgruppe ergänzt.

Noch in diesem Jahr werden im Rahmen eines gemeinsamen Workshops von Entwurfsverfassern und BürgerInnen die Begrenzungen des Platzes, die Verkehrsführung sowie die sonstige Gestaltung des Platzes erprobt. Mit der versuchsweisen Ausstattung und Bepflanzung des Platzes soll eine Optimierung seiner Nutzungsmöglichkeiten schrittweise erreicht werden.

Diese ersten Schritte sind ein kleiner Hoffnungsschimmer für die Wiederbelebung der Georg-Schumann-Straße. Es müssen noch viele Riesenschritte folgen, damit sich auch für diese Magistrale eine Wende zum Besseren vollzieht.

Neues aus dem Stadtrat

Die **Musikschule „J. S. Bach“** leistet eine gute Arbeit, die Nachfrage nach musikalischer Früherziehung und späterem Erlernen eines Musikinstrumentes ist groß. Mehr und mehr Eltern schätzen Musik als wichtiges Kulturgut, das vor allem in der frühen Kindheit bedeutend zur allgemeinen Bildung beiträgt. Durch das Annähern an Musik wird nachgewiesenermaßen die Intelligenz gefördert, Sozialkompetenz erlernt und kreatives Verhalten initiiert.
Nach einem Besuch beim Direktor der Musikschule, Herrn Mitschke, mussten wir erfahren, dass die Warteliste der Musikschule Jahr für Jahr größer wird und mittlerweile über tausend Kinder auf eine musikalische oder tänzerische Ausbildung warten. Wir wollten daher von der Stadtverwaltung wissen, welches Konzept sie gedenkt zu entwickeln, um diesen Bildungsnotstand zu beseitigen. Z. B. ist zu klären, ob der Einsatz zusätzlicher Lehrkräfte oder die Anmietung externer Räume etc. die Probleme lösen könnten. Geld, das an dieser Stelle eingesetzt wird, ist gewinnträchtig in die Zukunft investiertes Geld.
Angesichts der sinkenden Zuschüsse des Landes konnte Bürgermeister Faber aber keinen Optimismus verbreiten. Da die Beiträge nicht unendlich erhöht werden können und die Stadt die Lastenverteilung zu ihrem Ungunsten nicht mehr stemmen kann, ist wohl leider damit zu rechnen, dass sich das Angebot weiter verschlechtert.

Es werde Nacht! Oder: Über Lichtverschmutzung

von Bert Sander (WVL)

Es ist ja nicht so, dass allein die Nachtfluggenehmigung für den Leipzig/ Halle-Airport tausende Leipziger BürgerInnen um den Schlaf bringt, nein, die Zerstörung der Nacht wird zudem durch eine regelrechte Lichtglocke befördert, unter der die Stadt wie in einen Nebel aus Licht getaucht erscheint.

Lichtverschmutzung [engl. Light Pollution] bezeichnet die Aufhellung des Nachthimmels durch künstliche Lichtquellen, deren Licht in der Atmosphäre gestreut wird.

In der Nacht leuchten schon lange keine Sterne mehr am Firmament, dafür aber umso mehr Straßenlaternen, Scheinwerfer, Diskolaser und jede Menge anderer Unfug, der meint, jederzeit, allseits und für jedermann sichtbar bleiben zu müssen. Die künstliche Aufhellung der Nacht hat allerdings erhebliche Auswirkungen auf „alles was kreucht und fleucht". Seit der Erfindung des elektrischen Lichts im späten 19. Jahrhundert hat sich der Tagesrhythmus von Mensch,

Tier und Pflanze beträchtlich verschoben. Die technische Möglichkeit, die Nacht zum Tag machen zu können, hat aber nicht nur Auswirkungen auf die effektive Organisation der Arbeitswelt, sondern sie verschuldet auch gesundheitliche Schäden für den Menschen, die von Schlafstörung bis hin zu erhöhter Krebsgefahr vor allem aufgrund einer sogenannten Melatonin-Suppression reichen können (Melatonin wird vom Körper nur bei hinreichender Dunkelheit während der Nachtstunden produziert und ist wichtig für die Zellregeneration des Körpers).

Und nicht zuletzt weist der Lichtsmog auf das Problem der gigantischen Energieverschwendung vor allem in den Großstädten hin. Es gibt beeindruckende Untersuchungen, die belegen, dass man

jährlich etwa fünf Mio. t CO_2 oder aber die Leistung von zwei Atomreaktoren (1.400 MW) europaweit einsparen könnte, wenn man allein die nach oben gerichtete Lichtemission verhinderte, die durch die Beleuchtung des öffentlichen Stadtraums auftritt (Stichwort: Kugellampen). Dabei sind in diesen Studien noch nicht einmal die Aufwendungen für die Beleuchtung des privaten Raums enthalten.

Kurz, das Einsparpotential ist auf diesem Feld gewaltig, aber „gewaltig" bedeutet nicht automatisch, dass es auch furchtbar schwer sein muss, diesen Acker fruchtbringend zu bestellen. Ein kleines Beispiel: Der Funk- und Reklameturm am Löwencenter in Rückmarsdorf/ Burghausen wurde seit Jahren die ganze Nacht über in gleißend grelles, kaltes Licht gehüllt. Aufgrund der Intervention engagierter BürgerInnen – auch Mitglieder unserer Fraktion waren beteiligt – behelligt das Licht ab 22:00 Uhr nicht mehr die Nacht. Von etwaigen Umsatzeinbußen des Löwencenters oder gar von einem Anstieg der Kriminalitätsrate aufgrund der Dunkelheit ist bislang nichts bekannt geworden. An vielen Orten unserer Stadt ließen sich gegen die Lichtverschmutzung ähnliche (zwar kleine, aber schnelle) Erfolge erzielen.

Sicher, die Lichtverschmutzung ist noch immer in der aktuellen Öffentlichkeit ein eher unterbelichtetes Thema – höchste Zeit also, ein deutliches aufklärerisches Signal zu setzen. Immerhin, Licht zählt mittlerweile zu den im Bundesimmissionsschutzgesetz (BImschG) erfassten Immissionen. Dort heißt es jedoch recht allgemein und unverbindlich, dass schädliche Umwelteinwirkungen dann vorliegen, wenn sie „nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen" (§ 3 BImschG). Allerdings, verbindliche Grenzwerte zur Lichtimmission gibt es bislang nicht – und es wird sie nicht geben, solange dieses Problem auf kommunalpolitischer Ebene nicht entschlossen in Angriff genommen wird.

Neues aus dem Stadtrat

Das Baurecht und damit der **Bau der Markthalle** kommt durch ein verschleppendes Verwaltungsverfahren nach wie vor nicht recht in Gang. So entstehen Unsicherheiten, die sich jetzt in einer Massenpetition der Händler des Wochenmarktes niedergeschlagen haben. Darin wird gefordert, den bisherigen Wochenmarkt auf dem Alten Markt auch neben dem Betrieb der zukünftigen Markthalle aufrechtzuerhalten. Diesem Ansinnen konnte der Stadtrat jetzt Rechnung tragen, hat doch der potenzielle Investor, die Stadtbau AG, erklärt, den Wochenmarkt weiter akzeptieren zu wollen.

Die drohende dauerhafte **Schließung der Bäder** (mindestens eines Hallenbades und zweier Freibäder) ist vorerst vom Tisch. Da die städtische Sportbäder GmbH chronisch unterfinanziert ist, entstand 2010 eine dramatische Finanzierungslücke von 1 Mio. EUR, die der Stadtrat für dieses Jahr geschlossen hat. Die Verwaltung wurde beauftragt, bis zum Jahresende zu untersuchen, welches die optimale Betreiberform für die städtischen Bäder ist, und einen Vertrag abzuschließen, der die Finanzierung dauerhaft sichert.

Viele Alte sind unsere Chance und Aufgabe

von Cordula Rosch

Wir alle wollen alt werden und die Vorzüge der nachberuflichen Zeit erleben. Rentenzeit ist nicht nur Anspruchszeit. Senioren sind wertvoll! Wir können es uns einfach nicht leisten sie aufs Abstellgleis zu schieben.

Die demographische Entwicklung ist in der Politik unentwegt irgendwie auf der Tagesordnung und wird doch permanent von aktuelleren, oben auf liegenden, kurzfristigen Themen verdrängt. Sicherlich liegt das daran, dass man an der Alterspyramide nicht viel spontan ändern kann, sicherlich ist es auch noch ein Zukunftsproblem. Fest steht: es ist die Herausforderung der Zukunft.

Leipzig liegt mit einer Seniorenquote (alle über 65-Jährigen) von 22,6 % (entspricht 115 T) leicht unter dem sächsischen Durchschnitt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 20,1 %. Der Anteil der Menschen im Ruhestand an der Gesamtgesellschaft wird weiter (dramatisch) wachsen. Ursächlich sind die geburtenstarke Nachkriegs-Generation die jetzt das Rentenalter erreicht, die geringe Geburtenrate seit 1965 und die gestiegene Lebenserwartung.

Wesentlich für einen zufriedenen Lebensabend ist neben der Gesundheit und aktiven sozialen Netzwerken besonders ein ausreichendes Renteneinkommen. Ausreichend ist sicher eine sehr individuelle Angabe. Ausreichend ist aus Sicht der Sozialpolitik, wenn es der/dem Einzelnen neben dem persönlichen Unterhalt möglich ist, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können. In Leipzig ist die Situation in dieser Beziehung noch entspannt. Die relative Armut ist in der Bevölkerungsgruppe der Rentner mit 9 % halb so hoch wie beim Rest Leipzigs Bevölkerung. Wobei die Vermutung nahe liegt, dass arme Rentner ihre Ansprüche nicht abrufen oder auch nicht kennen. Die Ergebnisse der Leipziger Bürgerumfrage von 2008 sagen aus, alleinstehende Rentner leben mit weniger als 1.100 EUR. Rentnerpaare sind weniger gefährdet in Armut zu leben, da sie gemeinsam über ein durchschnittliches Einkommen aus Rente von 1.796 EUR verfügen können. Die sich verstärkende Tendenz zu Singlehaushalten könnte sich also im Alter zum Armutsrisiko entwickeln. Zudem sind die vielen unterbrochenen Erwerbsbiografien nach 1989 ein erwartetes wirtschaftliches Rentenrisiko. Auf dieses Risiko muss sich auch die Kommune vorbereiten, denn vereinsamte und arme Rentner sind ein soziales Problem und ein Kostenfaktor.

Schon heute fordert der Seniorenbeirat, Senioren (z. B. im Seniorenvereinen) nicht vorwiegend nett zu betreuen, sondern verstärkt für die Gesellschaft zu mobilisieren und ihre Fähigkeiten und Kompetenzen abzurufen. Für die Senioren muss sich einiges tun: Die Kultur muss seniorenfreundliche Veranstaltungszeiten anbieten. Die Stadtgestaltung muss für die älter werdende Kommune beachten, dass die tägliche Versorgung im direkten Umkreis möglich ist. Die Versorgung Pflegebedürftiger ist in Leipzig mit stationären und mobilen Angeboten derzeit gut gedeckt.

Auch wenn in Leipzig weiterhin überdurchschnittlich und gegen den Bundestrend viele Kinder geboren werden, kann das die sich auftuende Schere zwischen Rentenansprüchen und Gegenfinanzierern nicht schließen. Demographische Berechnungen erwarten, dass im Jahr 2030 100 Erwerbstätige 60 Rentner zu versorgen haben. Das ist mit dem derzeitigen Rentensystem nicht machbar.

Wir brauchen einen Wandel vom finanziellen zum sozialen Generationenvertrag um diese Herausforderungen zu verstehen und zu bewältigen – z. B. in den Familien und in der Nachbarschaft.

Neues aus dem Stadtrat

Im April dieses Jahres beschoss der Stadtrat das Vorhaben **Technisches Zentrum LVB.** Es handelt sich dabei um den Um- und Neubau des vorhandenen Betriebshofes mit Werkstätten in ein modernes technisches Zentrum für den schienengebundenen, öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), welcher im Rahmen der Umstrukturierung des Standortnetzes der Betriebshöfe und Werkstätten der LVB notwendig wird. Mit dem ersten Bauabschnitt soll noch im Jahr 2010 begonnen werden. Die insgesamt drei Abschnitte sollen in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren, d. h. bis Ende 2015 fertiggestellt sein. Das Technische Zentrum LVB befindet sich im Stadtteil Nordost in Thekla und wird über die Teslastraße erreichbar sein.

Das „Stelenprojekt" des Bürgerkomitees Leipzig e. V. nimmt jetzt konkrete Gestalt an. Stelen mit Fotodokumentationen und kurzen Erläuterungen an verschiedenen historischen Brennpunkten der Friedlichen Revolution von 1989 erinnern zukünftig an das damalige Geschehen. Sie sind eine Einladung an EinwohnerInnen und Gäste, sich auf die Spuren der Friedlichen Revolution zu begeben. Man denke beispielsweise an die Friedensgebete und die anschließenden Demonstrationen auf dem Nikolaikirchhof, an das Straßenmusikfestival, die Besetzung der Zentrale für Staatssicherheit „Runde Ecke" oder den Pleiße-Pilgerweg.
Schon 2004 fand das damalige temporäre Stelenprojekt großen Anklang, und auch wir wünschten uns eine dauerhafte Anbringung, die jetzt durch Fördermittel möglich wird.

Grünanlage bald ohne Grün?
Oder: Wie die Stadt ihren Besitz verscherbelt ...

von Ingo Sasama

Mit der Revitalisierung der Trümmergrundstücke in der Innenstadt seit 1990 verschwanden nach und nach die darauf entstandenen Frei- und Aufenthaltsflächen. Immer lauter wurde der Ruf, auch in der Innenstadt selbst eine öffentliche Grünanlage zu schaffen.

So gab es auch eine entsprechende Diskussion um die Fläche des ehemaligen „Hauses Marquette“ (jetzt Hugendubel). Mit der von uns Anfang der 90er Jahre initiierten ersten Massenpetition in der Stadt Leipzig konnte eine Bebauung von weiten Teilen des Grundstückes verhindert und eine inzwischen äußerst beliebte öffentliche Grünanlage an der Petersstraße geschaffen werden. Sie ist die einzige öffentliche in der Innenstadt und der einzige Platz im Zentrum, wo man sich kostenfrei, also ohne etwas verzehren zu müssen, aufhalten kann.

1998 hat die Verwaltung diesen öffentlichen Charakter erstmalig ausgehöhlt. Ein Imbisspavillon wurde genehmigt, obwohl schon damals keine Versorgungslücke und damit keine Notwendigkeit dafür bestand. Schon seinerzeit habe ich mich darüber sehr empört und vorausgesagt, dass als Nächstes eine Ausweitung und ein Freisitz dazu gefordert werden würde.

Statt nun endlich dieses in meinen Augen städtebauliche Ärgernis zu beseitigen, nutzt die Verwaltung die geplante Erneuerung der Anlage, um genau diese lange gehegten Pläne in die Tat umzusetzen. 77 qm Freisitzfläche soll der Betreiber dazubekommen – sicher „nett“ eingezäunt, versiegelt und komplett mit Werbeschirmen zugepflastert. Zugleich wird der Pachtvertrag um nochmals zehn Jahre bis 2028 (mit der Option auf fünf weitere Jahre) verlängert. Und das für ganze lächerliche 43 T EUR, die der Pächter im Voraus bezahlt. Also nicht etwa eine Großspende, die der Allgemeinheit zugute käme: nein, nur der sowieso fällige Pachtzins.
Alles nicht nennenswert, möchte man meinen, und doch geht es für mich um mehr.

Es ist augenfällig, dass die Privatisierung des öffentlichen Raums drastisch vorangetrieben wird. Und man gewinnt den Eindruck, dass aus der Finanznot heraus immer mehr moralische Schranken fallen. So sei auch auf die letzten Beschlüsse zum Lindenauer Hafen verwiesen, wo im Wesentlichen Investitionen getätigt werden, die dem privaten Interesse Einzelner dienen, das Allgemeinwohl dagegen aus Finanznot vernachlässigt wird.

Dazu passt auch die Liegenschaftspolitik der Stadt. Seit der Ära Kudla spielen Erbbaurechte faktisch keine Rolle mehr, und es sollen sogar Erwerber gedrängt werden, statt einem Erbbaurecht dem Kauf der Immobilie zuzustimmen. Langfristig günstig für den Erwerber – aber schlecht für die Stadt. Denn nur mit Erbbaurechten, wo ein jährlicher Nutzungszins zu zahlen ist, wird der Besitz der Stadt finanziell aktiviert und zugleich als Eigentum gesichert. Oft wird dabei ein Vielfaches des einfachen Kaufpreises erzielt.
Statt kluger Besitzsicherung – schnelles Geld. Über 18 Mio. EUR Einnahmen allein 2010, die nicht wieder in Besitz umgewandelt werden.

Eine bedenkliche Entwicklung, die es unbedingt zu stoppen gilt!

Neues aus dem Stadtrat

Wir sind überzeugt, dass eine attraktive Innenstadt sehr davon profitiert, wenn viele **Sitzgelegenheiten** zum Verweilen einladen. Andere Städte machen es vor, und viele BürgerInnen haben uns in diesem Eindruck bestärkt. Dass es in Leipzig diesbezüglich noch Nachholbedarf gibt, merkt man nicht erst, wenn man ein Fußleiden hat.
Die Einkaufsmeilen bieten allerlei Platz und Raum, aber z. B. in der Petersstraße und im Salzgässchen vermisst man insbesondere in der schönen Jahreszeit Bänke für eine kleine Pause beim Stadtbummel. Zur Zeit ist man genötigt, etwas zu verzehren, um berechtigt zu sein, in einem der Freisitze Platz nehmen zu können. Aus unserer Sicht ist das Manko mit relativ geringem Aufwand zu beseitigen, und daher haben wir einen Antrag für mehr Sitzgelegenheiten an geeigneten Stellen der Leipziger Innenstadt verfasst und ins Verfahren gegeben.

So viel Familie war nie – wie die neue Gebührenordnung für Kitas für Aufregung sorgte ...

von Katharina Krefft

Vor der Sommerpause passte das Jugendamt die Gebührenordnung in den Kindertageseinrichtungen an. Ausgangspunkt ist der erweiterte Familienbegriff, wie er in der Gesetzgebung, z. B. beim Kindergeld oder der Steuerveranlagung, bereits angewandt wird. Der Stadtrat hat dem Vorschlag mit großer Mehrheit zugestimmt.

Auslöser war die Beschwerde einer Familie, in der beide Partner jeweils ein Kind aus früherer Beziehung in die neue Beziehung eingebracht haben und deren gemeinsamem Kind die Kostenfreiheit für die Kindertageseinrichtung als drittem Kind verwehrt wurde.

Der Beschluss der neuen Gebührenordnung legt nun fest, dass in Zukunft Kinder aus Haushaltsgemeinschaften von Eltern mit mehreren Kindern ebenfalls von den Absenkungen profitieren. Folgerichtig gelten als alleinerziehend nur Eltern, die ihr Kind tatsächlich alleine betreuen.
Die CDU-Stadträte waren wenig angetan und unterstellten, die Stadt Leipzig würde sich das Recht zurechtbiegen. Sie führten die Verfassung an, da dort Ehe und Familie unter besonderem Schutz stünden. In Leipzig werden 60 % der Kinder unehelich geboren, und jedes zweite Kind erlebt in den ersten drei Lebensjahren die Trennung der Eltern. Sicher ist das bemerkenswert, aber bedeutet dies weniger Familie?
Was ist Familie? Es ist vielleicht erstaunlich, aber Familie, wie wir sie verstehen, ist etwas relativ Neues. Erst im 18. Jahrhundert setzte sich der Begriff Familie durch, zuvor sprach man über Jahrhunderte vom Haus oder Hof, gemeint war ein größerer sozialer Verbund aller zusammenlebenden Personen, auch Gesinde und Inleute. Der „Hausherr“ war nicht unbedingt der biologische Vater der Kinder. Die „golden age of marriage“ war die Zeit der 1950er und 1960er Jahre, als für kurze Zeit die Kleinfamilie ihre Hochzeit erlebte. Das prägte wohl einzigartig unser Modell der idealtypischen Familie.

Kleinfamilie – das ist ein in der Menschheitsgeschichte neuartiges Phänomen: eine durch Liebesehe begründete Partnerschaft mit zwei bis drei Kindern. Noch um 1900 war die „normale“ Hausgemeinschaft ein Fünf-und-mehr-Personenhaushalt. Heute überwiegen insgesamt Ein- oder Zwei-Personenhaushalte. Familienlebenszeit mit Kindern findet hauptsächlich in der Altersgruppe der 30- bis 55-Jährigen statt. Es sind also nicht die Kinder, die ohne Familie leben, es sind ganz entscheidend die Alten!
Für Kinder war noch nie so viel Familie wie heute. Sie ist Verwandtschaft, auch an unterschiedlichen Orten. Schlug früher der Tod durch Kindbett, Krankheiten und Kriege allgegenwärtige Lücken und Neukonstellationen in die Familien, erleben heute Kinder ihre Eltern üblicherweise bis in deren hohes Alter. Die Pluralität, in der Familie gelebt werden kann, zeigt erst heute ihre Fülle: Klein- und Groß-, Ein-Eltern- oder polyamore Familie, Regenbogen-, Pendler-, Stief-, Pflegefamilie oder auch Mehrgenerationenfamilie.
In dem Maße, in dem Familie ganz entscheidend durch die Bildungsexpansion auch einem gesellschaftlichen Wandel unterworfen wurde, wurde ein Teil ihrer Aufgaben auf den Staat, die Gemeinden oder Versicherungsanstalten übertragen.

Will man diese Entwicklung umkehren, verliert man auch die Errungenschaften der Moderne. Und so wollen wir unser Handeln für Familien an ihrer Realität ausrichten. Nicht an einem Idealbild der Romantik, das historisch nur kurz bestand. Für mich ist Familie dort, wo Menschen, als Verwandte oder Lebenspartner, füreinander einstehen.

Neues aus dem Stadtrat

Derzeit gibt es in Leipzig 171 **Kindertagesstätten in Freier Trägerschaft.** Diesen wird für die laufenden Betriebskosten eine dynamisierte und flexibilisierte Kita-Pauschale ausgezahlt, im Nachhinein werden Kostensteigerungen endabgerechnet. Diese Abrechnungsform gibt den Freien Trägern die Möglichkeit der weitgehenden Selbstverwaltung ihrer Finanzen. Allerdings wurde bekannt, dass die Stadt Leipzig die Nachzahlung für 2009 ausgesetzt hat. Den Freien Trägern werden Mehrkosten, z. B. durch höhere Nebenkosten und Tarifanpassungen nicht ersetzt. Unsere Fraktion fragte in der Ratsversammlung im Mai öffentlich an, ob die Stadtverwaltung aus Kostengründen bei Freien Trägern sparen will und ob diese Nullrunde das Ende des bisher üblichen vertraglichen Finanzierungsmodells bedeuten würde.
Bürgermeister Fabian gab bekannt, dass die Aussetzung einmalig sein müsse und ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sei. In Zeiten mangelnder Fachkräfte wird es Freien Trägern unter diesen Umständen zukünftig noch schwerer fallen, Mitarbeiter zu finden, wenn sie diesen weniger Gehalt zahlen können. Eltern werden sukzessive z. B. auch noch Materialkosten übernehmen müssen.

Neuer Waldkindergarten für Leipzig!

von Michael Schmidt

Leipzig zeichnet sich hinsichtlich seines Angebotes an Kinderbetreuungsplätzen vor allem durch seine vielfältige Trägerlandschaft aus. Ein interessantes und 1999 mit dem Leipziger Agendapreis ausgezeichnetes Beispiel ist der einzige Leipziger Waldkindergarten, welcher bis Ende Juni dieses Jahres in der Könneritzstraße in Schleußig beheimatet war.

Das Konzept der Waldpädagogik verfolgt den Ansatz, dass Kinder in Einklang mit Natur und Umwelt Kreativität und Phantasie entwickeln. Im Zentrum dieses reformpädagogischen Ansatzes steht die Förderung von Eigenverantwortlichkeit, ganzheitliches und entdeckendes Lernen, Umwelterziehung und das Lernen aus praktischer und sozialer Anschauung.
Statt konventionelles Spielzeug zu nutzen, dienen die Früchte der Natur zum Spielen, Experimentieren und Forschen. Die Tagesgestaltung läuft fast ausschließlich im Freien ab, was eine deutliche Entlastung von Lärm und Stress für Kinder und Erzieher sowie eine verbesserte motorische und sprachliche Entwicklung der Heranwachsenden zur Folge hat. Waldkinder erleben die Natur mit allen Sinnen und erleben somit eine frühzeitliche Sensibilisierung für die natürliche Umwelt.

Der zähe Prozess des Umzuges des Schleußiger Waldkindergartens im Juli 2010 an das Stötteritzer Wäldchen in die Oststraße hat deutlich vor Augen geführt, dass die Waldpädagogik ein sowohl von Leipziger Eltern als auch von der Stadtverwaltung gewünschtes pädagogisches Konzept der Kinderbetreuung darstellt. Dem immensen Engagement der Elternschaft, verbunden mit der klaren Unterstützung des Jugendhilfeausschusses, war es letztlich zu verdanken, dass das Jugendamt im Mai eine Alternativlösung in der Standortsuche aus dem Hut zauberte, welche es dem Waldkindergarten ermöglicht, sein Konzept in unveränderter Form fortzuführen. Allerdings haben die Waldkinder nun sehr weite Wege zurückzulegen und sehen sich aufgrund der vorerst für ein Jahr befristeten Lösung bald wieder vor dem Problem der unsicheren Standortfrage.

Vor diesem Hintergrund hat meine Fraktion den Antrag in den Stadtrat eingebracht, potenzielle Standorte zu suchen, welche geeignet wären, einen dauerhaften Waldkindergarten zu etablieren. In diesem Zusammenhang wird die Stadtverwaltung aufgefordert, bestehende und auch neu aufkommende Initiativen bei der Errichtung eines neuen Waldkindergartens zu unterstützen. Erfreulich ist, dass erste Zeichen des Jugendamtes auf eine klare Unterstützung der Verwaltung für diesen Antrag deuten.

Im Ratschlag Nr. 1/2010 berichtete unser familien-politischer Sprecher Michael Schmidt von dem Verein Unbeschwert e. V., welcher in den vergangenen Jahren im Leipziger Stadtteil Großzschocher einen öffentlichen Spielplatz aus Spendengeldern errichtet hat. Erfreulicherweise kann nun berichtet werden, dass die Stadt Leipzig am 15. Mai 2010 dieses bürgerschaftliche Engagement gewürdigt und den Verein mit dem „Familienfreundlichkeitspreis 2010“ ausgezeichnet hat. Wir gratulieren!

Bilder und weitere Informationen unter www.unbeschwert-leipzig.de

Das Standgebiet Leipzigs umfasst zum Beispiel mit dem Rosental, dem Wildpark, dem Rats- und Küchenholz oder dem Leutzscher Holz große Waldgebiete, die vom Grunde her prädestiniert für die Umsetzung des Waldkonzeptes sind. Ebenso gibt es Elterninitiativen, welche gewillt sind, eine waldpädagogische Kindertageseinrichtung aufzubauen. Auch der Schleußiger Waldkindergarten wurde aus einer Elterninitiative heraus gegründet. Dieses Potenzial und das gerade auch von Leipzig aus gewachsene Renommee der Waldpädagogik sollte die Stadt nach Kräften nutzen und den Kindern und Eltern zugutekommen lassen. Mit einer Unterstützung für diesen bündnisgrünen Antrag kann die Stadt ein deutliches und wichtiges Zeichen setzen.

Neues aus dem Stadtrat

Der Verein Waldorfpädagogik und Inklusion e. V. verfolgt seit längerem das Ziel, eine staatlich anerkannte Ersatzschule zu betreiben. Das Konzept der Inklusion ermöglicht gemeinsames Leben und Lernen von so genannten Regelkindern und Kindern mit erhöhtem Assistenzbedarf. Das Grundkonzept der Waldorfpädagogik im Besonderen liegt darin, jedem Schüler individuell Raum für seine Entwicklung zu geben. Indem Unterrichtsziele auch an Kinder mit gesundheitlichen Einschränkungen angepasst werden, können sie gleichberechtigt am gesamten Schulleben teilhaben. Dieses Konzept kann jetzt, auch durch unsere aktive Unterstützung, am Standort Raschwitzer Straße 4 in Nachbarschaft der Gethsemane-Kirche in Lößnig verwirklicht werden.

Umweltfreundliches Einkaufen – Beschaffungswesen der Stadt wird ökologisch ausgerichtet

von Roland Quester

Mit dem Beschluss der überarbeiteten „Vergabeordnung der Stadt Leipzig für Bauleistungen, Lieferungen und Leistungen sowie für freiberufliche Leistungen“ in der Mai-Sitzung des Stadtrates wurde auch ein Ergänzungsvorschlag unserer Fraktion beschlossen, der den Umweltschutz zu einem wichtigen Kriterium beim Einkauf von Produkten und Leistungen durch die Stadtverwaltung macht.

Von Dienstwagen und Computertechnik über Büromaterialien und Reinigungsmitteln bis zum Toilettenpapier gibt es eine Vielzahl von Beschaffungsvorgängen, in denen die Verwaltung direkt Produkte einkauft oder Leistungen bestellt, die wiederum den Einsatz von Produkten beinhalten (z. B. die Gebäudereinigung). Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes übersteigt das jährliche Vergabevolumen von öffentlichen Einrichtungen, Kommunen, Ländern, Sozialversicherung und Bund jedes Jahr deutlich die 200-Mrd.-EUR-Marke – davon entfallen über 50 % auf die Kommunen. Wird hier konsequent auf Ökologie geachtet, kann dies durch die großen bezogenen Mengen erhebliche Auswirkungen auf die Marktfähigkeit umweltfreundlicher Produkte haben.

Bereits 2001 hat die Fraktion daher eine umfangreiche Anfrage an die Verwaltung gerichtet, um über die Aktivitäten und Ergebnisse umweltfreundlicher Beschaffung informiert zu werden und damit auch einen Anstoß zu geben, sich diesem Anliegen stärker zu widmen. Den Vergabe- und Umweltberichten der Stadt waren zum damaligen Zeitpunkt keine Angaben zu diesem Thema zu entnehmen, obwohl andererseits z. B. in den Umweltqualitätszielen und der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt diesbezügliche Ziele definiert wurden. Die damalige Antwort ließ einerseits durchaus den Bedarf strukturierteren und zielgerichteteren Handelns erkennen, verwies andererseits aber auch auf eine ganze Reihe von Beispielen umweltorientierter Beschaffung. So wurde Büropapier z. B. zu 95 % als Recyclingpapier beschafft.

2008 zeigte sich dann in einer bundesweiten Kommunalumfrage, dass Leipzig nur noch auf einen Anteil von knapp 50 % Recyclingpapier kam, was wir wiederum in einer Anfrage an die Stadtverwaltung aufgriffen. In der Antwort wurde deutlicher Handlungsbedarf eingeräumt und das Ziel formuliert, in ein bis zwei Jahren wieder einen Anteil von 80–90 % Recyclingpapier zu erreichen. 2009 wurde dazu auch eine entsprechende Dienstanweisung in der Verwaltung erlassen.

Nunmehr konnte jedoch mit unserem Antrag in der Vergabeordnung über diesen Einzelfall hinaus die generelle Regelung verankert werden, dass bei Beschaffungen und Vergaben prinzipiell die Ziele des Umweltschutzes zu beachten sind. Dazu muss sich an den jeweils aktuellen Hinweisen des Umweltbundesamtes im Online-Beschaffungshandbuch orientiert werden. Bei der Beschaffung aus Produktgruppen, für die ein RAL-Umweltzeichen („Blauer Engel“) existiert, sind grundsätzlich solche Produkte zu beschaffen, die die Vergabekriterien des Umweltzeichens erfüllen. Außerdem muss nunmehr im Vergabebericht beispielhaft über Ziele, Maßnahmen und Ergebnisse von Vergaben, welche die Aspekte der Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit und des Umweltschutzes berücksichtigen, informiert werden.
Leipzig ist nun zumindest von der politischen Beschlusslage und rechtlichen Regelung her vorbildlich aufgestellt. Die Praxis wird dem zukünftig hoffentlich folgen.

Neues aus dem Stadtrat

Es ist beschlossene Sache: Aufgrund unseres Antrags wird das **Leipziger Amtsblatt** zukünftig auch online unter www.leipzig.de und www.leipziger-amtsblatt.de zu lesen sein. Dies erschien uns zeitgemäß, denn für die Verbreitung der öffentlichen, amtlichen Informationen der Stadtverwaltung und des Stadtrats ist das Internet die zuverlässigere Quelle. Es ließen sich viel Papier und Kosten sparen, wobei jedoch die generelle Umstellung auf digitale Verfügung nicht der städtischen Verpflichtung zur Veröffentlichung und Bereitstellung an alle Haushalte entspricht. Dennoch werden wohl gerade auch überregionale Firmen, die gezieltes Interesse an den städtischen Ausschreibungen haben, die digitale Verfügbarkeit und den erleichterten Zugriff auch im Nachhinein zu schätzen wissen. Der Stadtrat hat unseren Antrag einstimmig beschlossen. Das digitale Amtsblatt wird derzeit vorbereitet und voraussichtlich im August mit Ausgabe 14 erstmalig auch online abgerufen werden können. Die Amtsblatt-Redaktion will zeitnah alle Ausgaben von 2010 digitalisieren und im Internet zur Verfügung stellen.

Zum 1. Juli 2010 wird nun endlich das **Job-Ticket** (wir berichteten) in der Stadtverwaltung eingeführt, das wir im März 2008 angeregt hatten. Die der Einführung vorgeschaltete MitarbeiterInnenbefragung ergab ein positives Ergebnis, wodurch sich die Verwaltung veranlasst sah, einen entsprechenden Vertrag mit der LVB zu vereinbaren. Der aktuell ausgehandelte Rabatt auf eine Monatskarte (die personengebunden und nicht übertragbar ist) beträgt 10 %. So kostet eine Abo-Monatskarte für den Raum Leipzig im Basispreis derzeit 44,23 EUR, mit dem Jobticket sind es nur 39,81 EUR. Der Rabatt richtet sich vor allem nach der Abnahmemenge und schwankt in der Regel zwischen 6 und 11 %. Zukünftig wird jährlich geprüft, ob der Abschlag noch angemessen ist. Dass sich der Nachlass im Moment im oberen Bereich bewegt, ist ein deutliches Zeichen dafür, dass eine große Anzahl Pendler das Job-Ticket nutzen möchte. Wenn es dabei einige gibt, die bisher mit dem Pkw zur Arbeit gefahren sind, haben wir mit unserem Antrag etwas erreicht.

Entwicklung Lindenauer Hafen ja, aber wie und womit?

von Katja Potowsky

Duisburg Innenhafen

Mit Beschluss der 1. Rahmenvorlage zur Entwicklung des Lindenauer Hafens wurde 2008 der Startschuss gegeben für dieses Bauvorhaben im Stadtteil Altwest, das touristisch, städtebaulich und für die Lebensqualität eine Verbesserung sein sollte. Das Projekt des etwa 40 Hektar umfassenden Geländes wird vorbereitet, und man muss sagen, in der 2. Rahmenvorlage ist von dem vielen Schönen, auf das wir uns im Stadtteil gefreut haben, nicht mehr viel übrig.

Die ganzen Umweltaspekte wie
- die geplanten Bäume,
- die Freilegung der Insel,
- der Bau des Westufers,
- der Bau des Hafens,
- die Zukunft der alten Speicher sowie
- die Renaturierung

sind in Priorität II eingeordnet, d. h. sie sind aus Sicht der Verwaltung nicht notwendig für die Gesamtmaßnahme, kommen später oder, wie ich meine, gar nicht. Das ist für mich nicht zustimmungsfähig.

Ich verstehe, dass jetzt nur Maßnahmen realisiert werden sollen, mit denen sich Geld verdienen lässt. Aber als Stadtbezirksbeirätin und Vertreterin des Stadtteils muss ich vor allem auch auf den Erholungsfaktor schauen, und der kommt eindeutig zu kurz, wenn die genannten Punkte mit nachrangiger Priorität behandelt werden. Am Beispiel des Innenhafens in Duisburg sieht man m. E., wie so was nicht aussehen soll. Städtebauliche Entwicklung fast völlig ohne Grün, das ist nicht das, was wir wollen, und wird den ohnehin schon wenig einfallsreichen Streckenverlauf manchen Paddler nur ein einziges Mal hin- und wieder zurückfahren lassen.

Zwei Jahre sind seit der ersten Vorlage vergangen, in der sich auch, vor allem aufgrund der KWL-Misere, die finanzielle Lage der Stadt dramatisch zugespitzt hat. Eine Entwicklung des Areals Lindenauer Hafen wäre wünschenswert, doch müssen wir uns ebenfalls fragen, ob wir uns in der derzeitigen finanziellen Situation solche Dinge überhaupt leisten können. Zu jeder Fördermittelzahlung gehört ein Teil Eigenmittel, und die müssen wir übrig haben.
Mit Beschluss dieser Vorlage erfolgt eine Anpassung der Finanzplanung, was bedeutet, dass andere, möglicherweise für uns notwendigere Maßnahmen nicht durchgeführt werden können. Da nicht Inhalt der Beschlussfassung ist, auf welche Maßnahmen wir dafür verzichten, kann ich der Vorlage auch unter diesen Gesichtspunkten nicht zustimmen. Im Stadtbezirksbeirat, wo wir dazu nur angehört wurden, aber eine Trendabstimmung abgegeben haben, habe ich mich daher enthalten.
Die Vorlage wurde z. T. kritisch diskutiert, was auch davon abhängt, aus welcher Sicht man das Ganze betrachtet. Nunmehr wurde die Vorlage leider sehr überstürzt mehrheitlich im Stadtrat beschlossen.

Der wichtige Durchstich zur Herstellung der Gewässerverbindung Karl-Heine-Kanal–Lindenauer Hafen und dessen Finanzierung wurde an sich ja bereits unter Bezugnahme auf die 1. Rahmenvorlage im Juni letzten Jahres beschlossen. Noch in diesem Jahr soll der Bau beginnen, Fertigstellung ist für Ende 2012 geplant.

Neues aus dem Stadtrat

Wir haben folgenden Beschluss herbeigeführt: „In den Schulen, in denen ausreichend räumliche Kapazität zur Verfügung steht, ist, sofern noch nicht realisiert, durch die Verwaltung das Prinzip der unmittelbaren **räumlichen Nähe von Schule und Hort** umzusetzen.“ In Grundschulen verschiedener Stadtteile wird erwartet, dass die Zahl der Anmeldungen über den tatsächlichen Aufnahmekapazitäten der Schulen liegen werden. Wir befürchteten, dass bei der Suche nach Lösungen auch eine Verlegung von Horten aus Schulgebäuden bzw. die Reduzierung von Räumen der Horte zu Gunsten von Klassenräumen und zusätzlichen Klassen in Erwägung gezogen werden könnte.
Grundsätzlich ist es für den Bildungsauftrag der Horte nötig, dass auch am Nachmittag ausreichend räumliche Kapazität zur Verfügung stehen muss, denn der Hort hat eine familienergänzende und sozialpädagogische Funktion und macht Kindern im Grundschulalter alters- und entwicklungsadäquate Angebote der Erziehung, Bildung, Betreuung und Versorgung.

Leipzig ist eine Radfahrerstadt! Für das Fahrrad sind die Bedingungen topographisch optimal und durch die recht guten Straßenbedingungen ein häufig und gerne gewähltes Fortbewegungsmittel. An mancher Ampel warten auch schon mal mehr Räder als Autos auf Grün. Dafür gibt es z. B. die bundesweite **Aktion Stadtradeln** des Klima-Bündnisses. Es fuhren 2010 in Leipzig 33 Teams um die meisten Pedalenkilometer. Unser Fraktionsteam erfuhr sich mit 65 RadlerInnen in den drei Aktionswochen beachtliche 13.116 km und den dritten Platz. Wir haben damit 1.889 kg co^2 eingespart. Es wäre klasse, wenn die Aktion den einen oder anderen mehr aufs Rad und zu umweltfreundlicher und gesunder Mobilität bewegt hätte. Wahrscheinlich ist eher, dass wir nun genau wissen, welche Strecke wir Leipziger mit Begeisterung täglich mit dem Rad bewältigen.

Ratsreporter Rudi berichtet: beleuchtete Schafsweide jetzt auch im Rathaus

Sie entstanden vor allem im ersten Nachwendejahrzehnt. Im Glauben, auf den Acker oder die Wiese hingegossene Infrastruktur würde Investitionen wie das Licht die Motten anziehen, schuf sich so manche Kommune ihr Denkmal trotzigen Aktivismus: Verkehrswege mit Abwasserkanälen darunter und Straßenlaternen obendrauf, an denen jedoch nie ein Haus oder eine Gewerbeimmobilie entstand. Der Standort hat halt nicht gestimmt. Aber man hat wenigstens etwas getan. Beleuchtete Schafsweiden hieß das dann spöttisch.
Die gibt es jetzt 2010 auch in Leipzig. Direkt im Rathaus. Im Personaltreppenhaus, 1. Etage. Da hängt seit kurzem ein feierlich eingeweihter Großbildschirm, gute teure deutsche Markenqualität natürlich, über den Informationen der Wirtschaftsförderung flimmern. Es ist kein Aufenthalts-, Warte- oder Informationsbereich, es gibt keine Sitzgelegenheit und der Bildschirm hängt in genickstarrer Überkopfhöhe. Es ist schlicht ein schnödes Treppenhaus, durch das Rathausmitarbeiter und der eine oder andere Besucher eilen, um zu diesem oder jenem Zimmer, ihrem eigentlichen Ziel, zu kommen. Kommunale Wirtschaftsnachrichten gucken will dort wohl nie jemand.

Ein Informationsbildschirm für sich mag so wenig falsch sein, wie es Straßeninfrastruktur ist; der Standort stimmt halt nicht. Aber man hat wenigstens etwas getan. Beleuchtete Schafsweide eben.

Neues aus dem Stadtrat

save me
eine stadt sagt ja

Weltweit sind Menschen auf der Flucht. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt ihre Zahl auf 67 Mio. Über 80 % der Flüchtlinge bleiben in ihrer Herkunftsregion, die meisten davon überschreiten als „Binnenflüchtlinge“ nicht die Grenze. 6,2 Mio. Menschen landen dauerhaft in Flüchtlingslagern – und sind oft mehr als zehn Jahre abhängig von Hilfe, leben ohne Perspektive, ohne Chance auf eigenen Erwerb oder Bildung, ohne Bewegungsfreiheit und ohne die Option auf Rückkehr in die Heimat. Die benachbarten Erstaufnahmeländer sind zumeist hoffnungslos überfordert. Verantwortung zu übernehmen, diese Menschen kontingentweise aufzunehmen und dauerhaft zu integrieren ist die Forderung des UNHCR an die Länder der Vereinten Nationen. Die Bundesrepublik gehört bisher nicht zu den internationalen Resettlement-Staaten.
Die Kampagne „save me. Flüchtlinge aufnehmen“ zielt auf die Bereitschaft der Deutschen, Flüchtlingen Schutz und Lebensperspektiven zu bieten. Wir begrüßen, dass Oberbürgermeister Jung auf unsere Anregung hin eine Beschlussvorlage für den Stadtrat erarbeitet. **„Save me – eine Stadt sagt ja“** votierten schon 22 Städte. Leipzig soll die nächste sein!
Auch Sie können Pate werden! www.save-me-leipzig.de

Der Beitritt der Stadt Leipzig zu **Transparency International (TI)** steht nach langer Vorbereitung nun bevor. Die Verwaltung bescheinigt Leipzig gute Voraussetzungen, z. B. wegen der bereits erfolgten Bestellung eines Anti-Korruptionskoordinators, entsprechender Dienstanweisungen, MitarbeiterInneninformationen etc.
Der Entwurf einer Ehrenordnung, in welcher Mitglieder des Stadtrates und seiner Ausschüsse schriftlich Auskunft über ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse geben sollen, soweit sie für die Ausübung ihrer Tätigkeit als Stadträtin bzw. Stadtrat von Bedeutung sind, sorgt jetzt für Streit. So sind die anderen Fraktionen z. T. nicht bereit, ihre wirtschaftliche Situation weitgehend offenzulegen, wie es in unserer Fraktion seit langem gang und gäbe ist. Z. B. werden Auskünfte über Beraterverträge, Arbeitgeber, Tätigkeiten als Unternehmer, (Neben-)Gewerbe oder Beteiligungen verweigert. Insofern steht für uns in Frage, ob dieser Ehrenkodex ohne diese wesentlichen Angaben überhaupt einen Sinn hat und nicht nur als Feigenblättchen dient.

Ratsspieß

Aus gegebenem Anlass wiederholen wir hier noch einmal den inzwischen legendären Spruch von Bürgermeister Bonew, als er noch CDU-Stadtrat war, zur Friedlichen Revolution 1989: „Viele von uns waren damals auf der Straße – die einen privat, die anderen dienstlich ...“

✿✿✿

Einen guten Entschluss fasste Stadträtin Nagel (Die Linke.), der auch wegweisend für manch anderen sein sollte: „Bevor ich mich jetzt verzettele, höre ich lieber auf!“

✿✿✿

Fraktionschef Wolfram Leuze meinte zu einem immer wieder modifizierten, aber trotzdem nur populistischen Linke-Antrag zum Cross-Border-Leasing: „Ein missratenes Kind wird auch durch eine neue Frisur nicht schöner ...“.

Wenig Naturkenntnis bewies Stadtrat Hobusch (FDP), als er im Zusammenhang mit der Diskussion um die Baumschutzsatzung den Stadtrat belehrte, dass „Obstbäume, die Bäume mit den Früchten sind“. Das veranlasste Ingo Sasama dazu, ihn mittels Zwischenruf zu korrigieren und das Wort „essbare“ hinzufügen zu lassen.

✿✿✿

Im Zusammenhang mit einem angeblichen Ärztemangel in Leipzig verwies OBM Jung darauf, dass dies Gegenstand seiner letzten Sprechstunde war, was prompt den Zwischenruf erzeugte: „Sie machen jetzt auch solche Sprechstunden?“

✿✿✿

Seinen letzten Rüffel als Stadtrat empfing (noch nicht) Bürgermeister Bonew vom OBM, als er den Saal vorzeitig, also vor Sitzungsende verließ: „Das hört mir aber in Zukunft auf!“

✿✿✿

Auf die Frage von Roland Quester, wie es denn in der Stadtverwaltung mit Duschen für radelnde Mitarbeiter aussehe, antwortete Verwaltungs-Bürgermeister Müller (SPD) hintersinnig: „Das hat die Verwaltung ziemlich verschwitzt ...“.

✿✿✿

Nachdem Amtsleiterin Ebersbach auf bewährte, sehr fachkompetente wie charmante Art dem Stadtrat eine schwierige Grundstücksangelegenheit erläutert hatte, nahm sie auf Geheiß des OBM auf dem Platz des urlaubenden Bürgermeisters Albrecht Platz. Prompt kommentierte Fraktionschef Wolfram Leuze: „An diesen Anblick könnte ich mich gern gewöhnen!“

✿✿✿

Mitglieder des Sportausschusses haben beantragt, die bei der Fußball-WM legendär gewordenen Vuvuzelas jetzt auch im Stadtrat zuzulassen. Das lautstarke Tröten würde wohl als erste die Linke-Stadträtin Witte treffen, die mit stoischer Monotonie regelmäßig den Stadtrat nach 22 Uhr mit endlosen Monologen über die grassierende Armut in Leipzig nervt und so dem wichtigen Anliegen schadet.

Verzweifelt rief Ingo Sasama bei der Abstimmung unserer Forderung, das Amtsblatt auch online zu stellen, aus: „Ich würde mich sehr freuen, wenn man die träge Diva Stadtverwaltung nicht zu jeder technologischen Neuerung tragen müsste!“

✿✿✿

Ein Sonderlob des OBM wegen fleißigen Lesens der Vorlagen handelte sich Stadträtin und Ortsvorsteherin Teubner ein, als sie in dem Bericht zur Frühjahrsputzaktion eine kleine Bemerkung zu ihrer Ortschaft korrigierte. Allerdings musste sie unter allgemeiner Heiterkeit kleinlaut eingestehen: „Ich habe nur den einen Absatz gelesen ...“.

Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG” regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig Stadt Leipzig · 04092 Leipzig

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an: GrueneFraktion@Leipzig.de

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 103

Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig

Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175

E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:
Ingo Sasama (V.i.s.d.P.), Katja Potowsky, Cordula Rosch

Fotos und Abbildungen:
Stadtplanungsamt 6,
comcores, Fraktionsgeschäftsstelle

Druck:
Druckerei Hennig
04416 Markkleeberg
Magdeborner Straße 7

Auflage: 1.500

Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wolfram Leuze
Jurist i. R.
Fraktionsvorsitzender
Jahrgang 1939
verheiratet,
2 erwachsene Kinder

Verwaltungsausschuss; Ältestenrat
Fachausschuss Kultur, Vorsitzender; Fachausschuss Finanzen; Aufsichtsrat LVV; ZV Sparkasse

Annette Körner
Betriebliche Umweltbeauftragte,
Geschäftsführerin
Förderverein UiZ
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Jahrgang 1962
Diplom-Chemikerin,
Umweltbildungsmanagerin, 3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA; Umlegungsausschuss; AR LWB; ZV Sparkasse;
ZV Parthenaue; Migrantenbeirat

Roland Quester
Leiter der Leipziger Umweltbibliothek
stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Jahrgang 1965
Möbeltischler,
Umweltberater
Lebensgemeinschaft,
4 Kinder

Verwaltungsausschuss; FA Stadtentwicklung und Bau, Vorsitzender; AR Stadtwerke; ZV Neue Harth

Katharina Krefft
Ärztin
Jahrgang 1978
verheiratet, 3 Kinder

FA Jugend/Soziales/Gesundheit und Schule
AR BBVL; AR St. Georg; AR Städt. Altenpflegeheime

Ingo Sasama
Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
verheiratet, 3 Kinder

Grundstücksverkehrsausschuss;
FA Sport; FA Allgemeine Verwaltung;
Petitionsausschuss; AR LWB; AR LECOS

Dr. Oliver Fanenbruck
Physiker
Jahrgang 1963
verheiratet
Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss; FA Umwelt und Ordnung;
BA Stadtreinigung und Bestattungswesen;
AR Stadtwerke; AR Gewerbehof + Service GmbH
Zweckverband Abfallwirtschaft

Ansgar Maria König
Sänger
Jahrgang 1960
verheiratet, 4 Kinder

BA Kulturstätten; Bewertungsausschuss; FA Wirtschaft und Arbeit; BA Gesundheit / Soziales
AR LVB; AR LEVG + LEVG & Co. KG

Malte Reupert
Bio-Landwirt und
Inhaber „Biomare“
Jahrgang 1970
Patchwork-Familie,
4 Kinder

Fachausschuss Finanzen; Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit; AR PUUL; AR LVV; ZV Planungsverband Westsachsen; Kuratorium Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer

Michael Schmidt
Arbeitnehmerberater
Jahrgang 1977
verheiratet, 2 Kinder

Jugendhilfeausschuss; Fachausschuss Sport; Betriebsausschuss Gesundheit / Soziales; AR Sportbäder; AR BBVL

Norman Volger
Geschäftsführer
DAKS e. V.
Jahrgang 1978
ledig, 1 Kind

Vergabeausschuss VOL; Fachausschuss Umwelt / Ordnung; Fachausschuss Jugend/Soziales/Gesundheit und Schule; AR Wasserwerke; Tierschutzbeirat

Bert Sander
(WVL)
Freiberuflicher
Lektor, Dozent
Jahrgang 1960
verheiratet, 2 Kinder

Fachausschuss Kultur; Fachausschuss Allgemeine Verwaltung; Betriebsausschuss Kulturstätten; AR Zoo; ZV Kulkwitzer See

Arnold Winter
(WVL)
Beisitzer im
Fraktionsvorstand
Jahrgang 1941
Dipl.-Ing. Maschinenbau
(FH), Dipl.-Ing. Ök. (Uni)
verheiratet, 1 Sohn

Verwaltungsausschuss; Vergabeausschuss VOB; Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau;
AR LVB; Beirat für integrierte Stadtentwicklung

Katja Potowsky
Referentin
Jahrgang 1977
Betriebswirtin mit
Wirtschaftsdiplom (VWA)
Lebensgemeinschaft,
1 Kind

Stadtbezirksbeirat Altwest; AG Straßenumbenennungen; AG Wahlausschüsse

Cordula Rosch
Referentin
Jahrgang 1968
Diplom-Religions-
Pädagogin (FH)
verheiratet, 3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest; Fachforum Wohnhilfen; AG Recht auf Wohnen